



Eurodistrikt treibt Schwerpunktthema Mobilität weiter voran

Eurodistriktrat stimmt über Aktionsplan 2021/2022 zur grenzüberschreitenden Mobilität ab und beschließt diesjährigen Haushaltsplan

Offenburg, 4. März 2021 – Anlässlich seiner ersten Gremiensitzung in diesem Jahr tagte der Rat des Eurodistrikt Strassbourg-Ortenau am Donnerstag, 4. März 2021 im Landratsamt Ortenaukreis im hybriden Format. Die Ratsmitglieder sprachen sich erneut für eine bessere Harmonisierung der deutschen und französischen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie aus. Mit Blick auf die jüngst vom RKI erfolgte Einstufung des französischen Departements Moselle als Virusvariantengebiet, bedauerten die Teilnehmer, dass grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitsrealitäten bei der Erlassung von Restriktionen nicht berücksichtigt werden. *„Die Einstufung des französischen Departements Moselle als Virusvariantengebiet ist erneut ein tiefer Einschnitt in die grenzüberschreitende Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger beider Länder. Die daraus folgenden Restriktionen im Grenzverkehr werden der Tatsache nicht gerecht, dass Grenzpendler keine Reisenden, sondern Bewohner eines gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraums sind. In Regionen wie unserem Eurodistrikt, wo die Grenze im Alltag der Menschen faktisch keine Rolle mehr spielt, macht sie auch bei der Pandemiebekämpfung kaum einen Sinn! Langfristig sind nur grenzüberschreitend aufeinander abgestimmte Maßnahmen in unseren Augen das geeignete Mittel der Wahl zur erfolgreichen Pandemiebekämpfung“*, so der Präsident des Eurodistrikts, Landrat Frank Scherer.

Zentrales Element und Schwerpunktthema bleibt für den Eurodistrikt Strassbourg-Ortenau die grenzüberschreitende Mobilität, weshalb sich der Rat für eine Weiterführung und Priorisierung des Aktionsplans Mobilität aussprach. Bereits 2015 hatte der Eurodistrikt in einer umfassenden Studie zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs auf seinem Gebiet 19 Handlungsempfehlungen in den Bereichen Zug-, Bus- und Fahrradverkehr sowie Straßen- und Brückeninfrastruktur identifiziert, an deren Umsetzung die Expertengruppe Mobilität des Eurodistrikts seither arbeitete. *„Neben unserem bisher erreichten, wichtigsten Etappenziel – der Einführung der grenzüberschreitenden öffentlichen Buslinie 280 Erstein-Lahr – wurden bereits rund 80 Prozent der 2015 als prioritär eingestuften Maßnahmen durch den Eurodistrikt und seine Partner umgesetzt. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und mit den neu priorisierten Maßnahmen die umweltgerechte Mobilität im Eurodistrikt konsequent weiterentwickeln“*, unterstrich Scherer. Die Ratsmitglieder entschieden per Abstimmung für die kommenden Jahre insbesondere sechs grenzüberschreitende Mobilitätsmaßnahmen vorrangig zu forcieren, und zwar: die gegenseitige Anerkennung der Umweltplaketten, die neue Rheinquerung auf Höhe Erstein-Lahr, eigene Kompetenzen im Bereich grenzüberschreitende Verkehre, die Entwicklung einer grenzüberschreitenden multimodalen Mobilitäts-App, einen Radschnellweg Offenburg-Straßburg inkl. Fahrradstellplätzen, sowie die Prüfung der Einführung eines gemeinsamen Verkehrstickets für alle öffentlichen Verkehrsmittel im Eurodistrikt.

Präsident Scherer ging darüber hinaus auf die Forderung des Eurodistrikts an die staatlichen Ebenen ein, ihn mit einer eigenen Kompetenz für die Trägerschaft von grenzüberschreitenden

Verkehren auszustatten. *„Mit einer solchen grenzüberschreitenden Bündelung der Trägerschaft wäre es künftig deutlich einfacher, an konkreten Bedarfen ausgerichtete grenzüberschreitende Buslinien zu planen und schneller als bisher zu realisieren. Damit wären wir deutlich effizienter und näher an den Bürgerinnen und Bürgern, die weitere Verbesserung der deutsch-französischen Zusammenarbeit würde so, ganz im Sinne des Aachener Vertrages, unmittelbar spürbar“*, so Scherer. Erfreulicherweise hatte die baden-württembergische Landesregierung im Dezember 2020 auf eine dahingehende Anfrage des Abgeordneten Willi Stächele erklärt, dass sie das Anliegen unterstützt. Nach mehreren Gesprächsrunden zu diesem Thema mit Präsident Scherer in den vergangenen Monaten teilte das baden-württembergische Verkehrsministerium nun mit, dass bis zu einer entsprechenden Gesetzesänderung eine zeitnahe Lösung auch über eine sogenannte „Mandatierung“ des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau durch den Ortenaukreis als Aufgabenträger gefunden werden könne. Bei einer Mandatierung würden die Aufgaben vom Eurodistrikt wahrgenommen, jedoch im Rahmen eines Weisungsrechts durch den Landkreis.

Um aber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne des Aachener Vertrags auf eine breitere Grundlage zu stellen, will das Verkehrsministerium in der nächsten Legislaturperiode eine gesetzliche Grundlage schaffen.

„Ich freue mich über diese Nachricht aus Stuttgart, auch wenn ich mir schon im letzten Jahr eine klare gesetzliche Regelung gewünscht hätte. Wir werden nun zunächst versuchen, in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Freiburg das Konstrukt der Mandatierung als Interimslösung auf den Weg zu bringen. Ich bin gespannt, ob die Mandatierung auch bei der grenzüberschreitenden Vergabe von Verkehrsleistungen und Tarifgestaltung praktikabel umsetzbar ist. Nachdem Frankreich die Möglichkeit der Kompetenzübertragung bereits 2019 in sein neues Mobilitätsgesetz aufgenommen hat, hoffe ich aber, dass es in der neuen Legislaturperiode des Landtags auch auf deutscher Seite gelingt, klare rechtliche Rahmenbedingungen für sinnvolle eigenen Kompetenzen des Eurodistrikts zu schaffen“, so Scherer weiter.

Auch im Themenfeld Umwelt setzte der Eurodistrikt weitere Akzente. So beschlossen die Ratsmitglieder einen Beitritt zu der im Rahmen des INTERREG-Projekts Atmo Vision entwickelten Charta für den Schutz der Atmosphäre im Oberrhein, bei dem der Eurodistrikt als Projektpartner mitgearbeitet hat. Ziel der Charta ist, die Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen zu reduzieren, den Energieverbrauch zu senken und den Einsatz von erneuerbaren Energien am Oberrhein zu erhöhen.

Beim Thema Geothermie begrüßten die Ratsmitglieder die gemeinsamen grenzüberschreitenden Anstrengungen der lokalen Akteure und des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau, die sich nun mit der Beauftragung deutschsprachiger Gutachter durch Fonroche für eine Schadensregulierung auf deutscher Seite auszahlen. Zugleich ist mit der von der Eurometropole Straßburg eingesetzten Informations- und Evaluierungsmission (MIE) zur Tiefengeothermie nunmehr auch ein grenzüberschreitender Informationsfluss zu Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern beiderseits des Rheins gewährleistet, an der von Seiten des Eurodistrikts die Ratsmitglieder Edith Schreiner und Heinz Rith regelmäßig teilnehmen.

Bei der Bewilligung des Jahresabschlusses 2020 sowie des Haushaltsplans 2021 wurde deutlich, dass die anhaltende Pandemie die Durchführung von deutsch-französischen Begegnungsprojekten weiterhin erschwert. So musste auch die Organisation des jährlichen Eurodistrikt-Kinderspendenlaufs KM Solidarité angepasst werden, der 2021 sein 30. Jubiläum feiert. Anstelle eines großen Fests und der Läufe im Garten der Zwei Ufer wird der Spendenlauf für Grundschulkinder in diesem Jahr an zwei Tagen in den Schulen und schulnahen Parks ausgetragen. Um dennoch mit den jungen Läufern zusammen zu feiern, plant der Eurodistrikt einen Fotowettbewerb mit anschließender Ausstellung der zehn besten Fotos von den Lauferfahrten der Schüler, verschiedene Sportanimationen in den Schulen und eine Padlet-Plattform für den grenzüberschreitenden Austausch rund um die Veranstaltung. Für Juni ist zusammen mit der Scheckübergabe an die zwei begünstigten Vereine auch eine Preisverleihung an die Siegerklassen des KM Solidarité geplant.

Für den Eurodistrikt-Flüchtlingsfonds, dotiert mit 20.000 Euro für das Jahr 2021, bewilligte der Eurodistrikt rat insgesamt 13 Projektanträge, die auf die Bereiche Kulturvermittlung, Sprache und Naturentdeckung als Basis für eine erfolgreiche Integration setzen. Damit leitete der Rat zugleich die letzte Förderperiode des 2016 eingerichteten Unterstützungsfonds für Flüchtlingskinder ein, der gemäß dem Ratsbeschluss vom 3. Dezember 2020 mit Ende des Jahres 2021 nach sechsjähriger Laufzeit endet.

Pressekontakt:

Katrin Neuss

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

+49 (0)7851-899 75 15

katrin.neuss@eurodistrict.eu



L'Eurodistrict poursuit sa politique axée sur la mobilité

Le Conseil de l'Eurodistrict vote le plan d'action 2021/2022 pour la mobilité transfrontalière et approuve le budget de cette année

Offenburg, 4 mars 2021 - A l'occasion de sa première réunion de travail cette année, le Conseil de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau s'est réuni sous forme hybride le jeudi 4 mars 2021 au Landratsamt de l'Ortenaukreis à Offenburg. Dans le contexte pandémique actuel, les membres du Conseil ont une nouvelle fois plaidé en faveur d'une meilleure harmonisation des mesures allemandes et françaises et, compte tenu de la récente classification du département français de la Moselle comme zone de circulation intensive de variants du virus par les autorités allemandes, le Conseil a regretté la prise en compte insuffisante des réalités de la vie et du travail transfrontaliers lors de la mise en place de restrictions. *« La classification du département français de la Moselle comme zone à forte circulation des variants du Covid-19 est une fois de plus une coupure profonde dans la réalité transfrontalière de la vie des citoyens des deux pays. Les restrictions du trafic transfrontalier qui en résultent ne rendent pas justice au fait que les frontaliers ne sont pas des voyageurs mais des habitants d'un espace de vie et d'économie commun. Dans des régions comme notre Eurodistrict, où la frontière ne joue en réalité plus de rôle dans la vie quotidienne des gens, cela n'a pas beaucoup de sens dans la lutte contre les pandémies ! Sur le long terme, seules des mesures transfrontalières coordonnées sont, à notre avis, le moyen approprié pour lutter efficacement contre la pandémie »*, déclare Frank Scherer, Landrat et Président de l'Eurodistrict.

L'élément central et la thématique prioritaire de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau reste la mobilité transfrontalière, même en temps de crise. C'est pourquoi le Conseil a préconisé la poursuite et la priorisation du plan d'action pour la mobilité. En 2015, l'Eurodistrict a identifié 19 recommandations d'actions pour le transport par train, bus et vélo, les infrastructures routières et les ponts, dans une étude exhaustive sur l'amélioration du transport transfrontalier de passagers sur son territoire. Le groupe d'experts mobilité de l'Eurodistrict travaille depuis lors à leur mise en œuvre. *« En plus de notre réalisation la plus importante à ce jour – la mise en place de la ligne de bus publique transfrontalière 280 Erstein-Lahr –, environ 80 % des mesures prioritaires fixées en 2015 ont déjà été mises en œuvre par l'Eurodistrict et ses partenaires. Nous voulons nous appuyer sur ces succès et continuer à faire progresser le développement de la mobilité régionale durable dans l'Eurodistrict grâce aux nouvelles mesures prioritaires »*, a souligné Monsieur Scherer. Les membres du Conseil de l'Eurodistrict décidaient par vote de mettre en avant pour les années à venir notamment six mesures pour renforcer la mobilité transfrontalière, à savoir : une reconnaissance mutuelle des vignettes environnementales, un nouveau pont au niveau Erstein-Lahr, un engagement pour des compétences propres concernant des lignes de bus transfrontalières, une application mobilité multimodale transfrontalière, une voie express cyclable Strasbourg-Offenburg ainsi que d'évaluer l'introduction d'un titre de transports unique pour tous les transports publique dans l'Eurodistrict.

Le Président Scherer a adressé la demande de l'Eurodistrict aux niveaux étatiques afin que celui-ci dispose de sa propre compétence dans le domaine des transports transfrontaliers.

« Avec un tel regroupement transfrontalier des responsabilités, il serait beaucoup plus facile à l'avenir de planifier des lignes de bus transfrontalières sur la base de besoins concrets et de les mettre en œuvre plus rapidement qu'auparavant. Cela nous rendrait beaucoup plus efficaces et nous rapprocherait des citoyens. L'amélioration de la coopération franco-allemande serait directement perceptible, dans l'esprit du traité d'Aix-la-Chapelle », a déclaré Monsieur Scherer. Heureusement, le gouvernement du Land de Bade-Wurtemberg a déclaré en décembre 2020 qu'il soutient cette demande, en réponse à une question du député Willi Stächele à ce sujet. Après plusieurs cycles de discussions avec le Président Scherer au cours des derniers mois, le ministère des transports du Bade-Wurtemberg a annoncé qu'en attendant une modification correspondante de la loi, une solution rapide pourrait également être trouvée via un "mandat" de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau par l'Ortenaukreis en tant qu'autorité responsable. Dans le cas d'un mandat, les tâches seraient exécutées directement par l'Eurodistrict, mais le donneur d'instructions reste le Landkreis.

Toutefois, afin de placer la coopération transfrontalière au sens du traité d'Aix-la-Chapelle sur une base plus large, le ministère des transports souhaite créer une base juridique au cours de la prochaine période législative.

« Je me réjouis de cette nouvelle de Stuttgart, même si j'aurais aimé voir un règlement juridique clair dès l'année dernière. Nous allons d'abord essayer, en concertation avec le Regierungspräsidium de Freiburg, de mettre la construction du mandat sur les rails en tant que solution provisoire. Je suis curieux de voir si le mandat peut également être mis en œuvre de manière pratique dans l'attribution transfrontalière de services de transport et la conception des tarifs. La France a déjà inclus la possibilité de transférer des compétences dans sa nouvelle loi sur la mobilité en 2019, et j'espère que, lors de la nouvelle législature du Landtag, il sera également possible du côté allemand de créer des conditions cadres juridiques claires pour les compétences significatives de l'Eurodistrict », a poursuivi Monsieur Scherer.

L'Eurodistrict met également l'accent sur le domaine de l'environnement. Ainsi, les membres du Conseil ont décidé d'adhérer à la Charte d'engagement pour l'atmosphère du Rhin Supérieur, élaborée dans le cadre du projet INTERREG Atmo-Vision auquel l'Eurodistrict a également participé en tant que partenaire. L'objectif de la charte est de réduire les émissions de gaz à effet de serre et de polluants atmosphériques, de diminuer la consommation d'énergie et d'accroître l'utilisation des énergies renouvelables dans le Rhin supérieur.

Le thème de la géothermie était également à l'ordre du jour. Les membres du Conseil ont salué le fait que les efforts transfrontaliers conjoints des acteurs locaux et de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau portent leurs fruits. Avec l'institution d'experts germanophones par Fonroche, le règlement des dommages a été mis sur la bonne voie. Parallèlement, la mission d'information et d'évaluation (MIE) sur la géothermie profonde, mise en place par l'Eurométropole de Strasbourg, garantit désormais un flux d'information transfrontalier vers les politiques et les citoyens des deux côtés du Rhin. Au nom de l'Eurodistrict, les membres du Conseil Edith Schreiner et Heinz Rith participent régulièrement aux réunions du MIE.

Concernant le budget, les membres du Conseil ont approuvé les comptes annuels 2020 et le budget 2021, notant que la pandémie qui sévit actuellement continue de rendre difficile la réalisation de projets de rencontres franco-allemandes. Ainsi, l'organisation de la course annuelle du KM Solidarité, qui célèbre son 30e anniversaire en 2021, a également dû être adaptée. Au lieu d'une grande manifestation au Jardin des deux Rives, cette année la course de collecte de fonds se déroulera sur deux jours exclusivement dans les écoles, parcs et stades à proximité. Afin de célébrer ensemble avec les jeunes coureurs, l'Eurodistrict prévoit également un concours photo suivi d'une exposition des dix meilleures photos envoyées par les écoles diverses animations sportives dans les écoles et une plateforme Padlet pour les échanges transfrontaliers autour de l'événement. Une cérémonie de remise des prix aux classes lauréates du KM Solidarité est également prévue en juin, ainsi que la remise des chèques aux deux associations bénéficiaires.

Pour le fonds réfugié de l'Eurodistrict, doté de 20 000 € pour l'année 2021, le Conseil de l'Eurodistrict a approuvé un total de 13 demandes de projets, 7 allemands et 6 français, qui se

concentrent sur les domaines de la médiation culturelle, de l'apprentissage de la langue et de la découverte de la nature pour une intégration réussie. Il s'agit là de la dernière période de financement du fonds de soutien aux enfants réfugiés. Créé en 2016, celui-ci, conformément à la décision du Conseil du 3 décembre 2020, se terminera fin 2021 après avoir été renouvelé durant six ans.

Contact presse :

Katrin Neuss

Responsable presse et communication

+49 (0)7851-899 75 15, katrin.neuss@eurodistrict.eu